

1-001-0000

**AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG  
GELD- UND WÄHRUNGSPOLITISCHER DIALOG MIT  
CHRISTINE LAGARDE,  
PRÄSIDENTIN DER EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK  
(gemäß Artikel 284 Absatz 3 AEUV)**

**BRÜSSEL,  
MONTAG, 28. SEPTEMBER 2020**

1-002-0000

**VORSITZ: IRENE TINAGLI**  
*Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Währung*

*(Die Sitzung wird um 15.47 Uhr eröffnet.)*

1-003-0000

**Vorsitzende.** Guten Tag. Da Frau Lagarde bereits zugeschaltet ist, möchte ich gleich voll in unsere Sitzung heute einsteigen, nämlich den geld- und währungspolitischen Dialog mit der Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde. Ich begrüße Frau Präsidentin Lagarde zu diesem dritten geld- und währungspolitischen Dialog 2020. Der letzte geld- und währungspolitische Dialog fand am 8. Juni statt und wurde genau wie heute als virtuelle Zusammenkunft abgehalten.

Die EZB hat ihren Beitrag zu den gemeinsamen Bemühungen um die Bewältigung der beispiellosen COVID-19-Krise geleistet. Das Ausmaß der Pandemie erfordert eine außerordentliche geldpolitische Reaktion. Die EZB hat das Pandemie-Notfallprogramm aufgelegt, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte zu leisten und um die Ausrichtung der Währungspolitik deutlich zu lockern. Das Programm wirkt dem ökonomischen Schock entgegen und zielt darauf ab, den wirtschaftlichen Schaden und den daraus resultierenden Abwärtsdruck auf die Inflation abzufedern.

Außerdem hat die EZB die Bedingungen gelockert, unter denen Banken im Rahmen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte Liquidität erhalten können. Banken können jetzt Darlehen zu Zinssätzen von bis zu -1 % aufnehmen, sofern sie die Mittel an die Realwirtschaft weitergeben. Die EZB stabilisiert mit ihren Maßnahmen die Märkte, sichert die Versorgung mit Darlehen und befördert die Erholung der Märkte. Die Unwägbarkeiten des derzeitigen Umfelds erfordern jedoch nach wie vor ein umsichtiges Vorgehen. Der EZB-Rat hat sich dazu bereit erklärt, alle Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation nachhaltig auf ihr Ziel zubewegt. Der EZB-Rat hat die jüngsten geldpolitischen Beschlüsse am 10. September, also vor etwas mehr als zwei Wochen, gefasst. Er hat beschlossen, seinen akkommodierenden geldpolitischen Kurs unverändert beizubehalten.

Bevor ich Frau Präsidentin Lagarde zur näheren Erläuterung der Beschlüsse der EZB und der jeweiligen Beweggründe das Wort erteile, möchte ich gerne erneut aufzeigen, warum wir heute im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) zum geld- und währungspolitischen Dialog zusammenkommen. Die EZB muss gegenüber dem Europäischen Parlament Rechenschaft für ihre geldpolitischen Aufgaben ablegen.

Frau Präsidentin Lagarde, Sie sagten vor Kurzem, Sie fänden es wichtig, dass die EZB insbesondere mit Bürgervertretern stets in beide Richtungen kommuniziert. Wir müssen dafür

Sorge tragen, dass sich die EZB bei den Menschen Gehör verschafft, aber auch, dass sich die Menschen bei der EZB Gehör verschaffen. In diesem Sinne müssen wir unseren Dialog heute führen. Wir haben zahlreiche Themen zu erörtern und hoffen, dass diese Aussprache mit Ihnen unsere Erwartungen erfüllt.

Ich möchte nur kurz an Folgendes erinnern: Die ECON-Koordinatoren haben zwei konkrete Themen für diesen geld- und währungspolitischen Dialog ausgewählt. Die Sachverständigengruppe hat Themenpapiere hierzu verfasst. Das erste Thema sind die Rechenschaftsmechanismen großer Zentralbanken und etwaige Möglichkeiten zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht der EZB. Das zweite Thema sind die Programme der EZB zum Ankauf von Vermögenswerten, die damit gesammelten Erfahrungen und die Aussichten für die Zukunft. Alle Papiere können auf der ECON-Website eingesehen werden.

Im Einklang mit den vereinbarten Gepflogenheiten läuft diese Aussprache mit Frau Lagarde wie folgt ab: Zunächst wird Frau Lagarde etwa 15 Minuten lang einleitende Bemerkungen abgeben, anschließend haben wir Fünf-Minuten-Slots für jeweils eine Frage und die Antwort, wobei – natürlich nur, wenn es die Zeit erlaubt – im selben Slot nachgehakt werden kann: maximal zwei Minuten für die Frage und maximal drei Minuten für die Antwort.

In der ersten Fragerunde bekommt jede Fraktion einen Slot, anschließend wenden wir das d'Hondtsche Verfahren für die Festlegung der Reihenfolge der Fragen der Fraktionen an. Wenn es die Zeit erlaubt, werden zusätzliche Slots im Verfahren für spontane Wortmeldungen vergeben, wobei der Gewichtung der einzelnen Fraktionen Rechnung getragen wird.

Ich bitte Sie alle dringend, Ihre Redezeit nicht zu überziehen. Es ist kaum möglich, das nachzuprüfen und zu unterbrechen, wenn Sie überziehen, deshalb wäre es wirklich hilfreich, wenn Sie alle Ihre Zeit im Blick behalten.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Frau Präsidentin Lagarde, Sie haben für 15 Minuten das Wort.

1-004-0000

**Christine Lagarde**, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich grüße Sie und alle Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung sowohl in Brüssel als auch – digital zugeschaltet – an anderen Orten.

Vielen herzlichen Dank dafür, dass Sie mir heute erneut die Gelegenheit geben, mit Ihnen zu sprechen und offen und zeitnah über die Geldpolitik der EZB und über Rechenschaftspflicht – die Themen, die Sie für diesen Dialog ausgewählt haben – zu diskutieren.

Zuallererst möchte ich kurz auf die wirtschaftlichen Aussichten für das Euro-Währungsgebiet eingehen, anschließend zur Geldpolitik und insbesondere zur Rolle der Ankäufe von Vermögenswerten – einem der beiden von Ihnen gewählten Themen – Stellung nehmen und danach auf die Regelungen bezüglich der Rechenschaftspflicht zu sprechen kommen.

Zunächst die wirtschaftlichen Aussichten für das Euro-Währungsgebiet: die Auswirkungen der Pandemie (und ich benutze den Ausdruck „Pandemie“, manchmal spricht man ja von COVID-19, manchmal vom Coronavirus, das sind ja alles neue Bezeichnungen, ich benutze den Ausdruck „Pandemie“).

Die Auswirkungen der Pandemie sind nach wie vor im gesamten Euro-Währungsgebiet zu spüren. Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze oder ihr Einkommen, Unternehmen haben zu kämpfen und die Aussichten für die Zukunft sind noch immer ungewiss. Die Wirtschaftsaktivität im Euro-Währungsgebiet hat zwar im dritten Quartal wieder deutlich zugenommen, die Erholung ist aber nach wie vor unvollständig, instabil und uneinheitlich. Die

Verbraucher geben wieder deutlich mehr Geld aus, sind aber immer noch vorsichtig, weil sie Angst um ihre Arbeitsplätze haben und nicht wissen, wie hoch ihr Einkommen sein wird.

Auch die Unternehmensinvestitionen ziehen an, aber eine verhaltene Nachfrage und die hohe Unsicherheit lasten nach wie vor auf den Investitionsabsichten der Unternehmen. Vor diesem Hintergrund sind die Programme zur Arbeitsplatzsicherung und die staatlichen Garantien für Bankkredite unabdingbar, um die Unsicherheit abzumildern und die Auswirkungen der Pandemie abzufedern.

Die Experten der EZB gehen in ihren aktuellen Prognosen von einem realen BIP-Wachstum in Höhe von -8 % im Jahr 2020 aus, was eine leichte Verbesserung gegenüber früheren Prognosen (zuvor waren es -8,2 %, jetzt liegen wir bei 8 %) bedeutet, und sagen für 2021 +5 % (einen leichten Rückgang gegenüber der letzten Prognose) und für 2022 3,2 % voraus. Wir gehen davon aus, dass das reale BIP des Euro-Währungsgebiets erst Ende 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

Die Stabilität dieser Erholung hängt jedoch in hohem Maße von der Entwicklung der Pandemie und dem Erfolg der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung ab. Die Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit wird weiterhin auf der Wirtschaftstätigkeit lasten und setzt die ökonomischen Perspektiven Abwärtsrisiken aus.

Der schwere Einbruch der Wirtschaftstätigkeit Anfang des Jahres hat den Preisdruck abgeschwächt. Die jährliche Gesamtinflation im Euro-Währungsgebiet belief sich im August auf -0,2 % und wird in den nächsten Monaten wohl negativ bleiben, da sie die Auswirkungen früherer Senkungen der Energiepreise, eines stärkeren Euro und einer vorübergehenden Senkung des Mehrwertsteuersatzes in Deutschland und in Irland widerspiegelt. Die Experten der EZB gehen davon aus, dass die jährliche Inflation von durchschnittlich 0,3 % im Jahr 2020 schrittweise auf 1 % im Jahr 2021 und 1,3 % im Jahr 2022 ansteigen wird.

Wie haben wir reagiert?

Die geldpolitischen Maßnahmen, die wir seit Anfang März ergriffen haben, unterstützen die wirtschaftliche Erholung maßgeblich und tragen zur Sicherung der mittelfristigen Preisstabilität bei. Ohne unsere Maßnahmen wären der Konjunkturerinbruch und die Disinflation noch stärker ausgeprägt. Unsere politische Unterstützung während der Krise erstreckt sich auf zwei wichtige Bereiche: 1. Bereitstellung von Liquidität; 2. Ankäufe von Vermögenswerten.

Zunächst haben wir zu sehr günstigen Bedingungen und mit langen Laufzeiten den Zugang zur Zentralbankliquidität sichergestellt, um die Verfügbarkeit von Krediten des Bankensektors aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck haben wir die Modalitäten und Bedingungen unserer gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) angepasst, die die Anreize für Banken, Kredite an die Realwirtschaft zu vergeben, stärken. Ein ganzes Jahr lang können Banken zu Negativsätzen von bis zu -1 % Darlehen aufnehmen, sofern sie das Geld an die Wirtschaft weitergeben. Diese Neuausrichtung unserer GLRG-Regeln ist von den Banken sehr gut angenommen worden.

Dies also zur Bereitstellung von Liquidität. Zu den Ankäufen von Vermögenswerten: Wir haben das Pandemie-Notfallankaufprogramm – ich nenne es im Folgenden PEPP – ins Leben gerufen, um eine reibungslose Transmission unserer Geldpolitik sicherzustellen und den geldpolitischen Kurs generell zu lockern. Auf diese Weise helfen wir dabei, dem dämpfenden Einfluss der Pandemie auf die projizierte Inflationsentwicklung entgegenzuwirken.

Das PEPP wurde im März anfänglich mit 750 Milliarden Euro ausgestattet und im Juni um weitere 600 Milliarden Euro auf insgesamt 1 350 Milliarden Euro aufgestockt. Wir haben außerdem im Juni beschlossen, dass wir unsere Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen

des PEPP mindestens bis Ende Juni 2021 und in jedem Fall so lange durchführen, bis die Phase der Coronavirus-Krise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist.

Im derzeitigen Umfeld, das durch eine ausgeprägte Unsicherheit gekennzeichnet ist, wird der EZB-Rat alle neuen Informationen einschließlich der Entwicklungen des Wechselkurses sorgfältig auf ihre Auswirkungen auf die mittelfristigen Inflationsaussichten prüfen. Der EZB-Rat ist bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.

Ich komme nun zum zweiten Thema auf der Agenda heute: Rechenschaftspflicht. Meiner Meinung nach ist einer der Gründe dafür, dass es der EZB während der Krise gelungen ist, sehr rasch eine entschiedene politische Reaktion zu zeigen, ihre Möglichkeit, gänzlich unabhängig zu handeln, was ja im Vertrag so vorgesehen ist. Diese Unabhängigkeit beruht wiederum auf wirksamen Rechenschaftsmechanismen, mit denen sichergestellt ist, dass die EZB ihr Mandat uneingeschränkt erfüllen kann, was ja – wie Sie wissen – ebenfalls im Vertrag verankert ist.

Die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der EZB ist eine gemeinsame Herausforderung für die EZB und für das Europäische Parlament. Sie erfordert Bemühungen und Einsatz von beiden Seiten, ist aber auch im Interesse beider Organe. Wenn die Rechenschaftsmechanismen das Handeln der EZB wirksam beurteilen und den Sorgen der Menschen gerecht werden sollen, müssen sie meiner Ansicht nach drei verschiedene Kriterien erfüllen.

Ich möchte diese Kriterien gerne erläutern. Zuerst müssen sie den Aufgaben und Zuständigkeiten der EZB angemessen sein. Das bedeutet auch, dass sie mit der Komplexität und dem Ausmaß der Maßnahmen der EZB Schritt halten müssen. Zweitens müssen sie auf aktuellen und geeigneten Informationen und Transparenzregelungen beruhen. Und drittens müssen sie sich auf gegenseitiges Vertrauen stützen, damit heikle und schwierige Themen konstruktiv erörtert werden.

Unsere beiden Organe haben im Laufe der Jahre ihre Rechenschaftsbeziehung errichtet und in einem Maß gestärkt, das weit über die Bestimmungen des Vertrags hinausgeht. Tatsächlich glaube ich, dass diese im Laufe der Zeit gereifte Beziehung die drei Kriterien, die ich eben erwähnt habe, erfüllt.

Denn zuallererst haben sich die Rechenschaftsmechanismen der EZB im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Als wir 2014 die europäische Bankenaufsicht errichtet haben, wurden gesonderte Rechenschaftsmodalitäten für die Aufsichtsbehörden innerhalb der EZB geschaffen. Wir haben außerdem unsere Beziehung gestärkt, um der zunehmenden Komplexität der geldpolitischen Maßnahmen der EZB Rechnung zu tragen.

Als die EZB etwa unter den außergewöhnlichen Umständen der Pandemie beispiellose Maßnahmen ergriffen hat, habe ich eine Ad-hoc-Aussprache mit den Koordinatoren der Fraktionen Ihres Ausschusses geführt. Außerdem sind wir übereingekommen, bei der Strategieüberprüfung der EZB enger zusammenzuarbeiten und dafür Sorge zu tragen, dass unser regelmäßiger Dialog maßgeblich zur Kommunikation über diese Prüfung beiträgt. Das Ergebnis der Strategieüberprüfung wird uns außerdem die Möglichkeit bieten, das Rechenschaftsverfahren und die Rechenschaftsmodalitäten der EZB zu bewerten.

Die Rechenschaftspflicht der EZB wurde ferner durch einen besseren Informationsfluss zwischen unseren beiden Organen gestärkt. Wie im Februar besprochen, bedeutet dies, dass wir uns kontinuierlich darum bemühen müssen, so klar und offen wie möglich zu kommunizieren. Im Rahmen dieser Bemühungen und auch als Reaktion auf Forderungen des Parlaments und

der Öffentlichkeit hat die EZB bereits damit begonnen, detailliertere Informationen über ihre Ankäufe von Vermögenswerten und die aktuellen Aktiva auf ihrer Website zu veröffentlichen.

Heute darf ich eine zusätzliche Transparenzmaßnahme ankündigen. Ab sofort werden wir auf unserer Website die Stellungnahmen des Ethikausschusses der EZB zu Interessenkonflikten und zu der Erwerbstätigkeit der Mitglieder des EZB-Direktoriums, des EZB-Rates und des Aufsichtsgremiums nach Ablauf ihres jeweiligen Mandats veröffentlichen. Diese neue Initiative ergänzt den einheitlichen Verhaltenskodex für alle hochrangigen Funktionsträger der EZB und ist ein Zeichen für unseren entschlossenen Einsatz für Integrität und gute Verwaltung. Sie erleichtert die öffentliche Überwachung und stärkt auf diese Weise das Vertrauen in die EZB und letztendlich auch in deren Beschlüsse.

Dies bringt mich zu meinem letzten Punkt über gute Arbeitsbeziehungen, die Vertrauen erfordern: Vertrauen einerseits darin, dass die Kritik an der EZB die Bedenken der Bürger Europas zu Themen aufnimmt, die in den Zuständigkeitsbereich der EZB fallen. Und andererseits Vertrauen darin, dass die EZB zuhört und sich diese Kritik zu Herzen nimmt. Dieses Vertrauen ist die Grundlage unseres formellen und informellen konstruktiven Dialogs und gewährleistet, dass unsere Beziehung Früchte trägt.

Und das tut sie ja auch.

Als Reaktion auf Ihre an die EZB gerichtete Forderung, Möglichkeiten zu prüfen, wie der Aufwand für die Erhebung von statistischen Daten und Aufsichtsdaten – eine Tätigkeit, die dem Bankensektor jährlich Kosten in Milliardenhöhe verursacht – gesenkt werden kann, haben wir gemeinsam mit anderen europäischen Behörden und dem Bankensektor praxistaugliche Lösungen vorgeschlagen, mit denen gleichzeitig der Qualität der erhobenen Daten verbessert wird.

Gleich zu Beginn meiner Amtszeit haben Sie die EZB ersucht, bei uneingeschränkter Achtung ihres Mandats und ihrer Unabhängigkeit darüber nachzudenken, wie sie mit ihren Maßnahmen den grünen Wandel voranbringen kann. Der EZB-Rat hat nun beschlossen, dass das Eurosystem ab 2021 – ab dem 1. Januar, um genau zu sein – Anleihen mit Kuponstrukturen, die an bestimmte Nachhaltigkeitsziele gebunden sind, als Sicherheit für Kreditgeschäfte und endgültige Ankäufe für geldpolitische Zwecke akzeptieren wird, sofern sie andere Zulässigkeitskriterien erfüllen. Das ist neu.

Auf der Grundlage der drei Kriterien, die ich zuvor genannt habe, sollten wir meines Erachtens so weitermachen wie bislang: Wir sollten dafür sorgen, dass unsere Rechenschaftsmechanismen angemessen bleiben, indem wir zulassen, dass sie sich flexibel entwickeln, und indem wir sie im Einklang mit den Überwachungsanforderungen der Bürger Europas anpassen. Weil wir nur besser werden können, wenn wir uns der Erwartungen und der Sorgen der Menschen in Bezug auf die EZB und ihre Maßnahmen bewusst sind, laden wir jedermann im Euro-Währungsgebiet ein, uns Ideen und Anmerkungen auf dem Portal „Die EZB hört zu“ auf unserer Website anzuvertrauen. Ich darf Ihnen mitteilen, dass bereits viele Menschen das Portal besucht und Kommentare abgegeben haben.

Ich komme jetzt zum Schluss: Unser regelmäßiger Austausch ist unabdingbar dafür, dass die EZB ihre Maßnahmen den Menschen in Europa und Ihnen als deren Vertretern erläutert. Dies gilt erst recht in herausfordernden Zeiten, wenn die Menschen Europas von der EU erwarten, dass sie der Herausforderung gerecht wird. Aus einer kürzlich von Ihnen in Auftrag gegebenen Studie geht hervor, dass mehr als zwei Drittel der Europäer möchten, dass die EU über mehr Zuständigkeiten bei der Bewältigung von Krisen wie etwa der Pandemie verfügt. Die Bürger suchen die Antworten auf ihre Fragen ganz eindeutig bei der EU, und Sie spielen eine ganz wichtige Rolle, da Sie sicherstellen, dass die Antworten bei den Bürgern ankommen.

Die bislang von den nationalen Regierungen und den europäischen Organen ergriffenen Maßnahmen stärken unsere Geldpolitik. Gleichzeitig schaffen wir mit unseren Maßnahmen die günstigsten Voraussetzungen dafür, dass die struktur- und haushaltspolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten. Die europäischen Entscheidungsträger sind den Forderungen des Parlaments nach einer entschlossenen europäischen Reaktion nachgekommen. Es kommt nun darauf an, dass die Mittel aus dem Aufbauinstrument der EU nicht nur zügig, sondern auch auf eine Art und Weise verwendet werden, die das Wachstum auf lange Sicht stärkt und die gemeinsamen Ziele der EU voranbringt. Wenn wir das richtigmachen, könnte das Aufbauinstrument der EU der richtungsweisende Wendepunkt sein, den Europa mit Blick auf Modernisierung, Resilienz und Wohlstand braucht. Mir ist bewusst, dass Sie alle sehr hart darauf hinarbeiten.

Vielen Dank. Frau Vorsitzende, Sie haben wieder das Wort.

1-005-0000

**Sven Simon (PPE).** – Vielen Dank, Frau Präsidentin, dass Sie sich die Zeit für diesen Dialog nehmen, der meines Erachtens insbesondere in Zeiten, in denen die EZB umstrittene Maßnahmen ergreift, sehr wichtig ist. Ich schätze Ihre offene, transparente und dialogorientierte Herangehensweise und Ihre intelligente Informationsstrategie sehr. Dafür danke ich Ihnen.

Letzte Woche hat das Bruegel-Institut einen Bericht mit dem Titel „Why has COVID-19 hit different European Union economies so differently?“ (Warum zieht COVID-19 die Volkswirtschaften der Europäischen Union in so unterschiedlichem Maß in Mitleidenschaft?) veröffentlicht. Das Institut kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) das Risiko, dass hoch verschuldete Länder des Euro-Währungsgebiets vom Markt abgeschnitten sind, wenn sie versuchen, ihre Emissionen von Schuldtiteln aufgrund der Krise auszuweiten, erfolgreich eingedämmt hat. Meiner Ansicht nach ist das ein großer Erfolg der Europäischen Zentralbank, der kommuniziert werden sollte, und ich würde das Sekretariat darum bitten, diese Analysen des Bruegel-Instituts allen Mitgliedern dieses Ausschusses zukommen zu lassen.

Trotzdem ist es wichtig, dass die Verhältnismäßigkeit der EZB-Maßnahmen mit Blick auf ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft kontinuierlich überwacht wird. In diesem Sinne habe ich drei Fragen. Erstens: Wie bewerten Sie die Auswirkungen des PEPP auf die Immobilienpreise, und zwar insbesondere in Ländern wie Deutschland mit dem höchsten relativen Anstieg der Immobilienpreise seit 2009? Zweitens: Wie dämmt die EZB das Risiko ein, dass sich Zombie-Unternehmen bilden, also Unternehmen, die kein tragfähiges Geschäftsmodell haben, aber aufgrund der billigen Liquidität trotzdem überleben? Und drittens – und das ist vielleicht die wichtigste Frage: Welche Schritte hat die EZB im Rahmen ihres Mandats unternommen, um ihre Geldpolitik mit der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten zu koordinieren? Sind Sie mit den bislang von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Angleichung der haushalts- und der geldpolitischen Impulse zufrieden?

1-006-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank, Herr Abgeordneter Simon, für diese drei Fragen.

Zu den ersten beiden, die tatsächlich das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) betreffen, möchte ich lediglich daran erinnern, dass das PEPP drei Zwecken dient.

Im März, als das Programm ins Leben gerufen wurde, wollten wir die Märkte so schnell wie möglich stabilisieren, und ich glaube, dass uns das ganz gut gelungen ist. Das sehen wir an der Rendite von Staatsanleihen, an der Spanne und daran, dass diese Anleihen heute viel näher beieinander sind.

Zweitens: Wir wollten außerdem unseren geldpolitischen Kurs lockern, um gegen die von der Pandemie ausgelöste deutliche Verschlechterung der Inflationserwartung vorzugehen. Ich glaube also, dass das PEPP sowohl mit Blick auf Stabilisierung als auch mit Blick auf den geldpolitischen Kurs extrem effizient und extrem hilfreich ist.

Die Auswirkungen auf die Immobilienpreise entgehen uns nicht. Wir sind sehr vorsichtig, da wir bei der Wirksamkeit und der Angemessenheit unserer geldpolitischen Instrumente stets auch die Nebeneffekte betrachten. Wir sehen hier jetzt keine wesentlichen negativen Nebeneffekte durch den Einsatz des PEPP. Eher das Gegenteil. Wir glauben, dass sich das PEPP unter dem Strich äußerst positiv auswirkt.

Dasselbe gilt meiner Ansicht nach auch für Zombie-Unternehmen. Natürlich beobachten wir das alles, und wir wissen, dass manche Unternehmen tatsächlich Liquiditätsrisiken aufwiesen. Hier lag unser Bestreben darin, sicherzustellen, dass das Liquiditätsrisiko dieser Unternehmen nicht zu einem Solvenzrisiko wurde. Wir glauben aber nicht, dass wir mit den Nebeneffekten des PEPP diese konkrete Situation verschlechtert haben.

Zur Abstimmung zwischen den für die Geldpolitik und den für die Haushaltspolitik zuständigen Stellen: Ich würde eher sagen, dass wir Hand in Hand zusammengearbeitet haben. Verglichen mit der vorigen Krise – der großen Finanzkrise – ist das ein großer Unterschied. Weder 2009 noch 2011 – bei der europäischen Staatsschuldenkrise – wurde in diesem Maß zusammengearbeitet.

In diesem besonderen Fall haben alle Stellen – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene, sowohl die für die Finanz- als auch die für die Geldpolitik zuständigen Stellen – wirklich sehr rasch reagiert und Hand in Hand zusammengearbeitet, um die jeweiligen Stärken und Schwächen zu nutzen bzw. auszugleichen. Das war äußerst hilfreich.

1-007-0000

**Jonás Fernández (S&D).** – Herzlich willkommen, Frau Präsidentin! Ich habe drei Fragen. Erstens: Erwarteten Sie nicht, dass die Inflationsrate frühestens 2023 nahe bei 2 % liegt? Drei Jahre, ohne Ihr Mandat zu erfüllen, und übrigens viele weitere Jahre, ohne dass Sie es bislang erfüllt haben. Warum ergreifen Sie genau jetzt nicht mehr Maßnahmen? Zweitens: Sie haben darauf hingewiesen, dass die EZB derzeit eine Strategieüberprüfung durchführt. Betrachten Sie Rechenschaftsaspekte? Was hielten Sie von der Überprüfung des Mandats der Federal Reserve in den Vereinigten Staaten? Und schlussendlich: Letzte Woche hat sich die EZB für eine dauerhafte Variante der Aufbau- und Resilienzfazilität ausgesprochen. Wie stehen Sie zu dieser Möglichkeit?

1-008-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für Ihre Fragen. Zuallererst möchte ich erneut auf alle Instrumente unserer geldpolitischen Toolbox hinweisen, und ich beginne mit den äußerst niedrigen Zinssätzen. Der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt bei -0,50 %, das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten geht weiter, und wir haben zwei weitere wichtige Instrumente hinzugefügt: PELTRO, das dazu dient, dass Liquidität über die Banken in die Wirtschaft gelangt, und außerdem den Ankauf von Vermögenswerten, der der Stabilisierung und der Verfolgung des geldpolitischen Kurses dient. Mit all diesen Instrumenten in unserer Toolbox und der Überprüfung der Sicherheiten, die wir vorgenommen haben, um das Volumen der Sicherheiten, die akzeptiert werden können, auszuweiten, haben wir meiner Ansicht nach in ganz erheblichem Maß die wirtschaftliche Lage, die Kreditsituation und das Risiko einer Fragmentierung beeinflusst. Ganz klar: Wir sind von unserem Ziel – knapp unter 2 % – weit entfernt, und darüber sind wir nicht glücklich. Wir haben gezeigt, dass wir stets bereit sind, unsere Instrumente neu auszurichten, ihren Schwerpunkt anzupassen und ihren Umfang zu vergrößern, damit wir unser Mandat erfüllen, aber das, was wir bis jetzt gemacht

haben, war eindeutig extrem – das habe ich schon gesagt – zielorientiert oder auch beim PEPP zeitlich befristet und verhältnismäßig, und wir werden auch künftig alle neuen Informationen in den nächsten Wochen zuverlässig und sehr sorgfältig analysieren und dann festlegen, wie wir weiter verfahren.

Unsere Strategieüberprüfung haben wir kurz vor Ausbruch der Pandemie begonnen, und wir haben bis jetzt eine wichtige Sitzung abhalten können. Dabei haben wir eine Bestandsaufnahme vorgenommen. Leider haben wir – wie übrigens auch die Fed – die Überprüfung ausgesetzt und erst vor ungefähr zwei Wochen wiederaufgenommen. Wir werden diesen Prozess bis zu seinem Abschluss, der für September 2021 geplant ist, weiterführen.

Die Fed hat schon vor längerer Zeit – früher als wir – angefangen, und die Schlussfolgerung wurde damals vom Präsidenten der Fed während einer Rede in Jackson Hole kommuniziert und im aktuellen geldpolitischen Beschluss noch weiter ausgeführt. Hieraus geht hervor, dass der Schwerpunkt eindeutig auf das zweite Mandat der Fed – Beschäftigung – gelegt wird, das nun mit leichten Veränderungen asymmetrisch neu definiert wird. Wir haben nun [*unverständlich*] die Mitteilungen, die diese neue Ausrichtung begleiten, und dies wird eines der Elemente sein, die wir im Laufe unserer eigenen Strategieüberprüfung berücksichtigen werden. Es ist interessant, dass die Forward Guidance, die es in der EZB gibt, nun auch verstärkt in die neue Geldpolitik der Fed eingeflossen ist, zwar nicht wörtlich, aber doch mit demselben Ziel. Das heißt, man schaut auch mal, was der andere macht, und das hat die Fed bei der Forward Guidance eindeutig getan.

Aus dem Papier, auf das Sie Bezug genommen haben und das – wenn ich mich recht erinnere – letzte Woche im Economic Bulletin der EZB veröffentlicht wurde, geht hervor, dass wir den Aufbau- und Resilienzfonds und das Aufbauinstrument der EU, das im Sommer vom Europäischen Rat angenommen wurde, in seiner Gesamtheit unterstützen, und wir glauben, dass es einen großen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Europäische Union geleistet hat, dass es ein unmissverständliches politisches Statement ist und dass es zeigt, dass die Europäer tatsächlich in der Lage sind, zu beschließen, dass sie gemeinsam Schulden aufnehmen und dass sie Finanzmittel zwischen Zuschüssen und Darlehen aufteilen, um die europäische Wirtschaft zunächst zu stabilisieren und dann umzuwandeln. Wir haben auch in der Vergangenheit festgestellt und stellen immer noch fest, dass eine gemeinsame haushaltspolitische Vorgehensweise tatsächlich sehr hilfreich ist und unbedingt benötigt wird, um die Währungsunion zu ergänzen.

1-009-0000

**Luis Garicano (Renew).** – Es freut mich sehr, Sie zu sehen, Frau Lagarde. Ich hoffe, es geht Ihnen gut in diesen seltsamen Zeiten. Ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, dass sich die Pandemie höchst unterschiedlich auswirkt und dass vermutlich auch die Erholung unterschiedlich rasch voranschreiten wird. Meine Befürchtung ist, dass sich dies verfestigt. Beim Einbruch im zweiten Quartal gab es große Unterschiede, er betrug beispielsweise in Spanien 18 % und in Deutschland 10 %. Dies wird sich vermutlich in den nächsten Quartalen verfestigen und wahrscheinlich auch in die Inflationserwartungen einfließen.

Ich würde gerne wissen, wie die EZB in Anbetracht dieser riesigen Unterschiede beim Wachstum und vermutlich künftig auch bei der Inflationsrate vorgehen wird. Ich könnte mir denken, dass es Ihnen schwerer fallen wird, die Einigkeit zwischen den Mitgliedern Ihres Direktoriums aufrechtzuerhalten. Fabio Panetta hat letzte Woche gesagt, die Risiken einer Überreaktion der Geldpolitik wären viel geringer als die Risiken einer Politik, die zu langsam oder zu zögerlich auf das Worst-Case-Szenario reagiert. Yves Mersch hat dagegen angeführt, dass das Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) und ähnliche Programme eine Ausnahme und befristet wären und dass die Abweichungen vom Kapitalschlüssel nicht verlängert werden sollten.



Ich möchte Ihnen zwei Fragen hierzu stellen: Wären Sie bereit, im neuen Jahr und auch nach der Corona-Krise die Unterschiede bei der Unterstützung, die im Rahmen des PEPP den einzelnen EU-Staaten gewährt wird, beizubehalten und sogar zu vergrößern, indem Sie die Abweichungen vom Kapitalschlüssel erforderlichenfalls ausweiten? Wie weit kann diese Unterstützung gehen?

Und zweitens: Wie würden Sie mit einem Inflationsgefälle und der Gefahr einer Deflation in einzelnen Staaten umgehen? Bereiten Ihnen Länder mit Abwärts-Deflationsrisiken oder mit dem Risiko einer überschießenden Inflation mehr Sorgen? Wie bewerten Sie diese Unterschiede, und wie gehen Sie damit in Ihrer Geldpolitik um?

1-010-0000

**Christine Lagarde**, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Mir geht es gut. Ich konzentriere mich auf meine Arbeit, und wir tun, was wir können. Den meisten EZB-Bediensteten geht es ebenfalls gut. Ein paar von ihnen sind an COVID-19 erkrankt, aber nicht viele, und wir versuchen mit allen Mitteln, das zu verhindern.

Zunächst einmal bin ich nicht sehr besorgt darüber, dass die Menschen etwas unterschiedliche Standpunkte und Meinungen haben. Wie Sie wissen, bin ich jemand, der Konsens herstellt, aber Sie können nur Konsens herstellen, wenn die Mitglieder etwas unterschiedliche Sichtweisen haben.

Ich unterstütze keine großen Meinungsverschiedenheiten. Aber ich glaube, dass Meinungsverschiedenheiten und Debatten zwischen den Mitgliedern des Direktoriums gut sind. Ich halte es allerdings für wichtig, dass in dem Moment, in dem eine Entscheidung gefallen ist und eine Mehrheit gefunden wurde, Disziplin gewahrt wird, der Kurs gehalten wird und alle zusammenstehen.

Was nun das PEPP betrifft und wie wir damit verfahren: Bei diesem besonderen Programm – ich glaube, das sagte ich schon – ist Flexibilität ein wichtiger Baustein. Das ist das Schlüsselwort für das PEPP, und wir haben meiner Ansicht nach diese Flexibilität sowohl mit Blick auf Zeit – wir haben das PEPP vorab ausgestattet, als es erforderlich war – als auch mit Blick auf die Anlageklassen bewiesen. Wir haben Unternehmensanleihen gewählt. Wir haben Geldmarktpapiere gewählt, was zunächst nicht angedacht war, und schon gar nicht in diesem Umfang und in allen Ländern.

Wie Sie angemerkt haben, sind wir auf die Weise, zu dem Zeitpunkt und in dem Umfang von den Kapitalschlüsseln abgewichen, die erforderlich waren, um die Ziele, die wir uns mit dem PEPP gesteckt hatten, zu erreichen. Natürlich ist es befristet, zielgerichtet ... (*unverständlich*). Es ist in der Tat ein flexibles Instrument und muss auch künftig flexibel sein, damit auf die Lage und auf ihren außergewöhnlichen Charakter reagiert werden kann.

Die Abweichungen von den Kapitalschlüsseln waren also im Lauf der Zeit unterschiedlich und sind in letzter Zeit kleiner geworden. Wenn es erforderlich ist, wenn sich die Lage verschlechtert oder wenn erneut die Gefahr einer Fragmentierung besteht, dann bin ich sicher, dass der EZB-Rat so klug sein wird, diese Flexibilitätskriterien in den drei Aspekten, die ich erwähnt habe, anzuwenden: Zeit, Vermögenswerte und Länder.

Zur Inflation: Eines der Attribute dieses Ziels von knapp unter 2 % hatte damit zu tun, dass die Inflation in den Mitgliedstaaten unterschiedlich stark ausgeprägt war. Was uns interessiert, ist eindeutig die Inflation im Euro-Währungsgebiet. Wir schauen zwar nach jedem einzelnen Mitgliedstaat, aber für die Geldpolitik ist die Inflation im Euro-Währungsgebiet relevant.

Letzte Woche hatten wir ein sehr interessantes Seminar über Inflationsentwicklungen und -trends, die sich eindeutig gewandelt haben. Wir haben versucht, diese Trends detailliert zu analysieren, damit wir richtig einschätzen können, wie die Trends und die Messzahlen unsere Arbeit bei der Festlegung unseres Ziels der Preisstabilität beeinflussen.

Das ist ein wesentlicher Bestandteil der Strategieüberprüfung. Wir sind bei dem Seminar zwar nicht zu einer endgültigen Schlussfolgerung gelangt, es handelt sich hier aber um einen wichtigen Bestandteil der generellen Überlegungen im Rahmen unserer Strategieüberprüfung.

1-011-0000

**Gunnar Beck (ID).** – Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Herzlich willkommen, Frau Präsidentin, guten Tag, Frau Lagarde.

Sie rechtfertigen Ihre expansive EZB-Geldpolitik als außerordentliches Mittel in außerordentlichen Zeiten. Nun, ich habe hier eine Grafik der Degussa AG. Dieser Grafik zufolge steigt die Geldmenge in der Eurozone – die Geldmenge M1 – bereits seit ca. 2003 erheblich schneller als das Bruttosozialprodukt. Seit der Euro-Einführung ist die Geldmenge M1 um rund 500 Prozent angestiegen, das Bruttosozialprodukt – das reale Bruttosozialprodukt der Eurozone – ist hingegen kaum gewachsen. Seit 2010 hat sich die Ausweitung der Geldmenge beschleunigt und das Wirtschaftswachstum verlangsamt.

Ich habe eine Frage zu diesem Thema: Können Sie mir ein einziges historisches Beispiel nennen, wo ein ähnlicher oder auch nur annähernd vergleichbarer Anstieg der Geldmenge mittel- oder langfristig zu realem Wirtschaftswachstum ohne große Vermögensumverteilung von kleinem zu Großvermögen und ohne erhebliche Kaufkraftentwertung geführt hat? Vielen Dank!

1-013-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für diese Frage. M1 hat in der Tat zugenommen. M3 hat ebenfalls zugenommen. Das ist ja auch nicht wirklich überraschend, da wir unsere gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) herangezogen haben, um sicherzustellen, dass Kredite bei der Wirtschaft ankommen und dass Unternehmen Zugriff auf Darlehen haben und ihre Investitionsaufwendungen sowie ihren Kassenmittelbedarf finanzieren können.

M3 ist also eine Folge hiervon und von der Tatsache, dass die Kreditvergabe an die Wirtschaft insbesondere im Unternehmenssektor um mehr als 7 % gestiegen ist, was mehr als doppelt so hoch ist als der Durchschnitt im Februar. Das ist eindeutig ein Grund für diesen erheblichen Anstieg.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in der Geldpolitik an unser Mandat gebunden sind, und unser Mandat gibt vor, dass wir die Preisstabilität angehen. Das ist unser Mandat, und wir messen das anhand des Inflationsziels, das 2003 festgelegt wurde. Und diese konkreten Grundsätze unterziehen wir derzeit unserer Strategieüberprüfung, und zwar bis zu deren Abschluss.

Wir orientieren uns an Preisstabilität und an dem damit verbundenen Inflationsziel, das festgelegt wurde. So können wir vorhersehbar agieren und einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft leisten, durch mehr Investitionen, durch mehr Arbeitsplätze.

Und in diesem Zusammenhang glaube ich, dass das, was wir jetzt getan haben, damit verglichen worden ist, was geschehen wäre, wenn wir untätig geblieben wären. Wir haben während dieser außergewöhnlichen Zeit eindeutig zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen und wir haben einen massiven Einbruch, zu dem es andernfalls gekommen wäre, verhindert.

1-014-0000

**Vorsitzende.** – Bevor ich dem nächsten Redner, Bas Eickhout, das Wort erteile, möchte ich die Ausschussmitglieder daran erinnern, dass Sie in den Dokumenten der Sachverständigengruppe auch einige interessante Analysen finden, in denen Sie nachlesen können, wie sich die Dinge ohne dieses Programm entwickelt hätten. Diese Dokumente sind sehr interessant und können Ihnen wirklich einen tieferen Einblick verschaffen.

1-015-0000

**Bas Eickhout (Verts/ALE).** – Vielen Dank, Frau Präsidentin Lagarde, dass Sie heute – in gewisser Weise – hier bei uns sind. Wenn Sie gestatten, würde ich gerne über die grünen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) sprechen.

Seit Beginn der Strategieüberprüfung der EZB gewinnt die Debatte darüber an Fahrt, inwiefern die EZB Klimafaktoren in ihren Überwachungsaktivitäten und geldpolitischen Geschäften berücksichtigen könnte. Wie Sie wissen, hat die EU vor ein paar Monaten ihre Taxonomieverordnung angenommen, die einen demokratisch errichteten Rahmen für die Definition nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten bietet. Damit ist ein wichtiges Hindernis beseitigt, das es der EZB erschwert hat, ihre geldpolitischen Geschäfte nachhaltiger zu machen, da es nun ein demokratisches Mandat für diese Taxonomie gibt.

Zurück zum GLRG: Es gibt einen sehr interessanten Bericht von Positive Money Europe und Sustainable Finance Lab. Er betrifft die Ökologisierung des GLRG-Programms. Grüne GLRG-Programme sind Refinanzierungsgeschäfte, bei denen der Zinssatz, den eine Bank bezahlt, vom Umfang der taxonomiekonformen Darlehen, die die Bank vergibt, abhängt. Meiner Ansicht nach kann man daraus den Schluss ziehen – und das geht aus dem Bericht auch ganz klar hervor –, dass grüne GLRG dazu beitragen würden, das vorrangige Mandat der EZB zu verwirklichen, indem sie Marktstörungen angehen, die die generellen ökonomischen Voraussetzungen für monetäre Stabilität untergraben.

Zweitens: Grüne GLRG würden die Bemühungen der EZB um eine Senkung der umwelt- und klimabezogenen finanziellen Risiken in den Bilanzen von Banken unterstützen und so zur Finanzstabilität beitragen. Außerdem helfen grüne GLRG bei der Anpassung der Geldpolitik an das sekundäre Mandat der EZB, durch das sie verpflichtet ist, die Umweltziele der EU zu unterstützen, sofern dies – wie bereits erörtert – der Preisstabilität nicht schadet.

Ich weiß, dass der Bericht auch in Frankfurt zur Kenntnis genommen und erörtert worden ist. Ich würde sehr gerne Ihre Meinung zu dieser Idee der grünen GLRG hören. Glauben und bestätigen Sie, dass dieser Vorschlag technisch umsetzbar ist? Zweitens: Seit letztem Jahr sagen Sie uns, Sie würden nichts unversucht lassen. Ziehen Sie in Erwägung, das Konzept grüner GLRG in Ihren Teil der Überprüfung der EZB einzubeziehen?

1-016-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für diese Frage. Die ganz einfache Antwort darauf lautet: Ja. Sie fragen mich, ob wir bereit wären, diesen Vorschlag als Teil unserer Strategieüberprüfung in Erwägung zu ziehen, und das kann ich bejahen.

Wie Sie wissen – und das habe ich in Ihrem Hause bereits gesagt –, ist der Klimawandel ein Thema, das fester Bestandteil unserer Strategieüberprüfung sein muss, und zwar nicht, weil es sich um ein sekundäres Ziel handelt, sondern wegen der Auswirkungen auf die Preisstabilität, wegen der erheblichen Auswirkungen auf Risikobewertung und Risikomanagement. Grüne GLRG – wie Sie sie nennen – sind für uns von großem Interesse, und wir werden das prüfen. Ich glaube, dieser Bericht soll bald vorgestellt und erörtert werden. Soweit ich weiß, soll an dieser Vorstellung auch ein Vertreter der EZB teilnehmen, und das freut mich sehr.

1-017-0000

**Derk Jan Eppink (ECR).** – Frau Präsidentin, der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte sagte den Niederländern, der Aufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro wäre eine einmalige Sache.

Jetzt habe ich in der internationalen Finanzpresse gelesen, die EZB sei der Ansicht, dass der Aufbaufonds von Dauer sein sollte. Das bedeutet, dass der Aufbaufonds im Zentrum einer dauerhaften Transferunion stehen wird, in der Geld vom Norden in den Süden fließt. Erlaubt der Vertrag das? Bewegen Sie sich hier im Rahmen Ihres Mandats als Zentralbank? Die Ankaufmaßnahmen der EZB bis jetzt haben bereits dazu geführt, dass die Zinssätze auf lange Sicht niedrig bleiben, wodurch das Kapital von Sparen und Rentnern verringert wird.

Die EZB hat mittlerweile so viele Schulden angekauft, dass sich ihre bilanzierte Gesamtsumme auf 63 % des Volkseinkommens des gesamten Euro-Währungsgebiets beläuft. In den Vereinigten Staaten beträgt dieser Wert lediglich 36 %. Wird die EZB also die gesamten Staatsschulden von Italien und Spanien aufkaufen, Frau Lagarde? Wenn ich mir Ihre Politik so anschau, werden die Niederlande keine andere Wahl haben, als aus dem Euro-Währungsgebiet auszuscheiden.

1-018-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Ich danke Ihnen sehr. Ich freue mich sehr, dass die Niederlande zum Euro-Währungsgebiet gehören, und ich hoffe, dass das so bleibt.

Ich möchte Sie auf die Veröffentlichung der EZB verweisen, denn dieses veröffentlichte Originaldokument ist viel aussagekräftiger als eine tendenziöse Meldung einer bestimmten Zeitschrift oder einer Zeitung. Wenn Sie die Möglichkeit haben, diesen Beitrag zu lesen, der im Economic Bulletin von letzter Woche veröffentlicht wurde, sehen Sie, dass hier ganz klar darauf hingewiesen wird, dass das Aufbauinstrument einmalig ist. Es wird hervorgehoben, dass es sich um eine einmalige Reaktion auf außergewöhnliche Umstände handelt, die wir – wie viele andere auch – begrüßt haben und die uns anspricht, da sie die Entschlossenheit der im Europäischen Rat versammelten Entscheidungsträger zeigt, die richtigen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu ergreifen. Das hat also nichts mit dem zu tun, was Sie zu Beginn Ihres Beitrags angeführt haben. Ich empfehle Ihnen wirklich nachdrücklich, diesen Artikel zu lesen, und ich sende ihn Ihnen gerne unmittelbar zu, damit Sie die Originalquelle haben. Wir sind keinesfalls zu der Schlussfolgerung gekommen, die Sie genannt haben.

Zweitens: Ich möchte die Zahlen, die Sie genannt haben, etwas korrigieren, denn die derzeitige Bilanzsumme der EZB liegt nicht im Bereich von 65 % des BIP des Euro-Währungsgebiets. Sie beläuft sich auf 56 %, also tatsächlich mehr als die Bilanzsumme der Fed in Bezug auf das BIP der Vereinigten Staaten, aber das ist ja auch keine Überraschung, weil der Finanzmarkt in den USA ganz anders aufgestellt ist als bei uns. Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerne betonen, dass ein vertiefter und liquider Kapitalmarkt für die Union tatsächlich eine gute Reaktion auf den Bedarf wäre: Finanzinstrumente, die weniger zwangsläufig vom Bankensystem abhängen und sich aus den Märkten finanzieren können.

1-019-0000

**Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL).** – Sehr geehrte Frau Lagarde, noch einmal herzlich willkommen! Ich habe Sie mehrfach sagen gehört, dass Geldpolitik nicht ausreicht und dass es zur Bekämpfung von Krisen auch fiskalpolitischer Maßnahmen bedarf. Das ist wohl wahr. Mit einem ehrgeizigen Anleihekaufprogramm sind Sie rasch tätig geworden. Die Hauptfrage ist allerdings, wie wir die Krise bekämpfen können, die innerhalb der Europäischen Union zu immer stärkeren Ungleichheiten und zu einem starken Konjunkturrückgang führt – auch mit wirksameren haushaltspolitischen Instrumenten.

Das Europäische Parlament hält den Aufbaufonds für einen positiven Schritt, fordert aber auch einen stärkeren mehrjährigen EU-Haushalt, der für einen nachhaltigen, robusten und gerechteren Aufschwung sorgt.

Da wir gerade am Beginn der Verhandlungen stehen, hätte ich gerne Ihre Meinung zum Vorschlag des Europäischen Parlaments im Bereich der Haushaltspolitik gewusst, der ja vom Vorschlag des Rates abweicht.

Das zweite Thema, das ich ansprechen wollte, ist der große FinCEN-Skandal. Nach den Panama Papers, Cum-Ex und Cum-Cum liegen nun erneut Enthüllungen über in großem Maßstab betriebene Geldwäsche vor, in die auch europäische Banken verstrickt sind, die von der Europäischen Union großzügig unterstützt werden. Ich frage Sie: Sind Sie für dieses anhaltende Versagen verantwortlich? Welche Maßnahmen, die eine wirksamere Kontrolle ermöglichen, beabsichtigen Sie zu ergreifen, um gegen diese schwere und weit verbreitete Finanzkriminalität vorzugehen, für die ehrlichen Steuerzahler und Unternehmen und die Volkswirtschaften aufkommen müssen?

Und ich habe noch eine dritte Frage. Häufig höre ich Sie sagen, dass die demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank verstärkt werden muss. Auch wir im Europäischen Parlament wünschen uns das. Vor wenigen Tagen, nämlich am 23. September, hat Bruegel eine Studie mit konkreten Vorschlägen zur Stärkung der demokratischen Kontrolle der Europäischen Zentralbank veröffentlicht. Haben Sie die Vorschläge gesehen und sich näher mit ihnen befasst? Sind Sie bereit, sie anzunehmen?

1-020-0000

**Christine Lagarde**, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Zu Ihrer ersten Frage: Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass es in dieser konkreten Krise wirklich außergewöhnlich ist, wie die Geldpolitik und die Haushaltspolitik auf nationaler und europäischer Ebene Hand in Hand zusammenarbeiten.

Meiner Meinung nach haben wir es dieser Zusammenarbeit zu verdanken, dass sich die Maßnahmen gegen die außergewöhnlichen Umstände und gegen die Wirtschaftskrise, die Europa durchlebt, als wirksam erwiesen haben.

Ganz klar: Sie als Mitglieder des Parlaments spielen eine maßgebliche Rolle mit Blick auf den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Aufbau- und Resilienzfonds. Insbesondere Ihr ECON-Ausschuss steht im Mittelpunkt der Debatten.

Einer der Vorzüge des MFR besteht genau darin, dass er sich über einen Zeitraum erstreckt und eben nicht nur eine Reaktion auf die außergewöhnlichen Umstände bietet, um die Lage zu stabilisieren, sondern auch die Zukunft der Europäischen Union und die künftigen Schwerpunkte im Blick hat – so wie Ökologie, Digitales und die Zuweisung auf verschiedene Fonds, was ja für einen Teil der Mittel des Aufbauinstruments der Fall sein soll. Hoffentlich wird dieser Haushalt, den Sie erörtern, überprüfen und über den Sie abstimmen, ausreichende Investitionen für diese strategischen Bereiche vorsehen, die unseren Kontinent unbestreitbar einem Wandel unterziehen werden, damit er für dieses neue Umfeld gerüstet ist.

Zum Thema Geldwäsche: Die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung liegt fraglos im Zuständigkeitsbereich der nationalen Behörden, die Europäische Zentralbank als Organ spielt hier keine Rolle. Ich freue mich sehr, dass die Kommission Vorschläge unterbreitet hat, um auf europäischer Ebene eine Möglichkeit zu schaffen, wie die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung besser koordiniert und besser nachverfolgt werden kann, damit diesen Straftaten ein Riegel vorgeschoben wird.

Demokratische Kontrolle: Ich bin mir nicht sicher, ob mir das Wort „Kontrolle“ so richtig behagt. Ich glaube, der Begriff „Rechenschaftspflicht“ – wie auch in den Verträgen verankert – beschreibt unsere Beziehung, also die Beziehung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank, am besten. Das Konzept der Kontrolle ist eher mit dem Europäischen Gerichtshof in Verbindung zu bringen, der unsere Maßnahmen letztendlich vom gerichtlichen und vom gesetzlichen Standpunkt aus kontrolliert. Aber ich unterstütze die ergriffenen Maßnahmen voll und ganz, die wir weiterführen können, da sich unsere Aktivitäten im Bereich der Rechenschaftspflicht zwischen unseren beiden Organen wandeln.

1-021-0000

**Isabel Benjumea Benjumea (PPE).** – Vielen Dank, dass Sie im Namen der Europäischen Zentralbank hier sind im Rahmen der Rechenschaftspflicht (*unverständliche Worte*) vor dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Ich denke, dass die Rechenschaftspflicht nicht nur gegenüber dem Parlament, sondern auch gegenüber den Bürgern sehr wichtig ist, und möchte Ihnen für alle Maßnahmen danken, die Sie ergriffen haben, um diese Transparenz und diese Rechenschaftspflicht für die Bürger wesentlich zugänglicher zu machen, was ich als wesentlich ansehe.

Ich möchte zwei sehr kurze Fragen und eine Bemerkung an Sie richten. Die erste betrifft die Beibehaltung der Zinssätze und das Kaufprogramm, das PEPP, das bislang im Hinblick auf seine voraussichtlichen Auswirkungen auf die europäischen Sparer diskutiert wurde. Denn aufgrund der mangelnden Rentabilität, aufgrund der geringen Rentabilität, die der Finanzsektor selbst bei diesen Zinssätzen anbieten kann, besteht die Gefahr, dass diese Ersparnisse aus der EU abfließen und Sparer nach Produkten außerhalb der EU suchen, und ich möchte Sie danach fragen.

Andererseits wollte ich Sie nach kleinen und mittleren Unternehmen fragen. Ich halte es für sehr wichtig, Maßnahmen zu ergreifen – nicht nur die bereits beschlossenen, sondern auch neue – um kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Krediten zu erleichtern. Es ist aber auch sehr wichtig, dass sie Zugang zu Kapital haben, und hierzu haben Sie vorhin kurz auf die Kapitalmarktunion verwiesen. Ich möchte Sie bitten, etwas genauer auf die Schritte einzugehen, die erforderlich sind, um eine echte Kapitalmarktunion zu verwirklichen, nicht nur in Verbindung mit kleinen und mittleren Unternehmen ...

(*unverständliche Worte*)

... fiskalische Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten ergriffen werden, im Hinblick darauf, wie geeignet oder ungeeignet diese sind, und im Hinblick auf die Notwendigkeit, sie zu verlängern. Die Auswirkungen der Beibehaltung des Zinsniveaus und des Ankaufprogramms auf die Sparer, die Maßnahmen für KMU im Hinblick auf den Zugang zu Krediten und die Ausweitung des Angebots auf dem Kapitalmarkt und schließlich die fiskalischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und die Möglichkeit, diese zu verlängern oder sie zu verbessern.

1-022-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für diese drei Fragen. Zunächst einmal ist der negative Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB, der bereits im Juni 2014 eingeführt wurde und derzeit, wie gesagt, bei -50 Basispunkten bzw. 0,5 % liegt, vor dem Hintergrund eines längeren Zeitraums eines niedrigeren natürlichen Zinssatzes in fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu sehen.

Die EZB ist sich also bewusst, dass ein längerer Zeitraum niedriger Zinssätze Nebenwirkungen haben und sich auf das Sparverhalten einiger Wirtschaftsakteure auswirken kann. Ich muss Ihnen sagen, dass wir es sehr begrüßen würden, wenn die Ersparnisse, die sich infolge erzwungener Sparmaßnahmen insbesondere während der Lockdown-Phase der Pandemie, aber auch in jüngerer Zeit infolge vorsorglicher Sparmaßnahmen angesammelt haben, tatsächlich entweder in Konsum oder in Investitionen fließen würden.

Es ist also nicht so sehr die Befürchtung, dass sie in rentablere Investitionen in der Zukunft fließen würden, sondern vielmehr der Wunsch, dass die Investitionen in aktuellen Konsum und aktuelle Investitionen umgeleitet werden. Aber neben diesen Risiken von Nebenwirkungen, die ich gerade erwähnt habe, hat ein akkommodierender geldpolitischer Kurs eindeutig auch einige sehr wichtige positive Effekte.

Die Geldpolitik der EZB hat die Beschäftigung angekurbelt und die Bilanzen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften gestützt, die hohe Beschäftigung war auch das Ergebnis der als akkommodierend eingestuften Geldpolitik. Die Analyse dessen, was wir tun, darf also nicht einseitig sein; die Auswirkungen sind vielschichtig, und insgesamt gesehen war das Nettoergebnis auf der Grundlage unserer Erfahrungen mit negativen Zinssätzen positiv.

Ihre zweite Frage betraf den Zugang von KMU zu Finanzmitteln, und ich muss Ihnen sagen, dass wir seit Mitte März zahlreiche Maßnahmen ergriffen haben, um den Zugang von KMU und Selbständigen zu Darlehen, die insbesondere im Rahmen der GLRGs zu sehr attraktiven Zinssätzen angeboten werden, zu verbessern. Und wir haben auf Wunsch vieler nationaler Zentralbanken im Euro-Währungsgebiet eine wesentlich größere Bandbreite an Kreditforderungen akzeptiert.

Deshalb bin ich der Meinung, dass KMU, Selbständige und Familien, die Zugang zu Finanzmitteln wollen oder benötigen, sicherlich feststellen werden, dass diese Finanzmittel zur Verfügung stehen, und dass wir so gut wie möglich darauf eingegangen sind.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir dadurch, dass es Bankintermediation gibt, tatsächlich den Zugang für KMU erleichtern, da die großen Konzerne im Wesentlichen Zugang zu den Kapitalmärkten haben, was für KMU leider nicht der Fall ist. Die Tatsache, dass wir die Banken aufgefordert und ermuntert haben und ihnen Anreize geboten haben, tatsächlich Kredite an die Wirtschaft zu vergeben, war also de facto auf KMU ausgerichtet, zusätzlich zu den oben erwähnten zusätzlichen Kreditforderungen.

Die ergriffenen fiskalischen Maßnahmen – das sei nur am Rande erwähnt – betragen im Durchschnitt nicht weniger als das Äquivalent von 4,5 % des BIP, ein Anteil, der durch die von den Mitgliedstaaten in den letzten Monaten beschlossenen fiskalischen Maßnahmen tatsächlich gestiegen ist, was eine wichtige und solide Reaktion auf die außergewöhnlichen Umstände darstellt, mit denen wir konfrontiert sind. Und das gilt ganz zu schweigen von dem Äquivalent von etwa 20 % des BIP, die als Garantien angeboten wurden, insbesondere für die Darlehen.

Reicht das? Ich denke, dass es jetzt vor allem darum geht, dafür zu sorgen, dass diese fiskalische Unterstützung tragfähig ist, denn wir sind noch nicht über den Berg, und die Erholung muss Fortschritte machen und darf nicht ins Stocken geraten.

Daher hoffe ich, dass die Maßnahmen, die in den verschiedenen vorgelegten Haushaltsplänen in Zukunft ergriffen werden – und wir fangen an, das hier und da zu sehen –, dass die finanzielle Unterstützung fortgesetzt wird und dass die Behörden anerkennen, dass wir weiterhin fiskal- und geldpolitisch, national, regional und auf europäischer Ebene, zusammenarbeiten müssen, um auf die Umstände reagieren zu können.

Es wird ein Problem mit der Zeitplanung geben, ein Problem mit der Synchronisierung, zwischen dem allmählichen Anlaufen der Erholung, wenn sie gut unterstützt wird, und der schrittweisen Rücknahme einiger dieser außergewöhnlichen Stützungsmaßnahmen, aber so weit sind wir meiner Ansicht nach noch nicht.

1-023-0000

**Eva Kaili (S&D).** – Vielen Dank, Frau Präsidentin Lagarde, für Ihre Bemühungen in diesen schwierigen und unsicheren Zeiten. Während dieser Pandemie ist uns abgesehen von allem anderen auch klar geworden, wie notwendig Digitalisierung und der Einsatz neuer Technologien sind.

Wir haben vor einigen Tagen das Paket der Europäischen Kommission zur Digitalisierung des Finanzsektors gesehen. Wir sehen, dass große Technologie- und Verbraucherunternehmen sich an mehreren Stablecoin-Initiativen beteiligen, von denen Libra die bekannteste ist. Es gibt aber auch europäische Mitgliedstaaten wie Schweden, die Währungen wie die E-Krona erkunden, um effiziente Zahlungsmittel für Anwendungen des täglichen Gebrauchs wie Auslandsüberweisungen – wir haben Programme zum Bargeldtransfer, internationale Verbraucherzahlungen, grenzüberschreitende Zahlungen – bereitzustellen und dabei die Kosten und die Zeit für diese Transaktionen, die Gebühren für diese Transaktionen zu senken, aber auch den Zugang der Bürger zu diesen Zahlungsmitteln und natürlich die Nutzung dieser Kryptoanlagen als alternatives Zahlungsmittel oder sogar als Wertaufbewahrungsmittel zu verbessern.

Im Wesentlichen nutzen sie die Ineffizienzen und die Segmentierung, die wir alle auf dem europäischen Markt für Massenzahlungen beobachten. Wir alle sind uns einig, dass wir eine Modernisierung benötigen, aber ich möchte wissen – da Sie in den letzten zwei Jahren die Risiken, die Vorteile und die operativen Herausforderungen dieser neuen Technologien untersucht haben –, ob Sie uns eine Vorstellung davon geben könnten, wann und wie die EZB Schritte unternimmt, um einen raschen Übergang von „Open Banking“ zu „Open Finance“ zu erreichen. Ist die EZB tatsächlich jetzt bereit, mutige Schritte zu unternehmen, um das zu erreichen?

1-024-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Das ist ein enormes, wichtiges Thema, das offensichtlich für alle europäischen Behörden von Belang ist, und es war und ist sicher auch für uns von Belang.

Ich möchte nur etwas genauer zwischen einigen der Konzepte, die Sie genannt haben, unterscheiden: Ich halte es für wichtig, zu unterscheiden, dass es einerseits die Kryptoanlagen gibt, die häufig vereinfacht als Bitcoins bezeichnet werden, auch wenn es noch einige weitere gibt. Eine davon ist offensichtlich Ether.

Diese Kryptoanlagen stellen jedoch aus unserer Sicht derzeit – angesichts ihrer Größe und der sehr spekulativen Ausrichtung dieses Produkts – kein besonderes Risiko oder Anlass zu Bedenken in Bezug darauf dar, dass das Zahlungssystem und das bestehende Währungssystem tatsächlich gestört werden. Es handelt sich also um eine Kategorie von Anlagen, aber ich würde nicht sagen, dass sie als Währung anzusehen sind oder die Kriterien für eine Währung erfüllen.

Die zweite, separate Kategorie, die Sie ebenfalls erwähnt haben, ist die Kategorie der „Stablecoins“. Eine davon ist Libra, die von Facebook geprüft wird, das über dieses sehr große weltweite Netz verfügt. Diese Stablecoins geben unserer Ansicht nach mehr Anlass zu unmittelbaren Bedenken, insbesondere, wenn sie angesichts der Größe des Netzes, über das sie sich ausbreiten könnten, sehr schnell enorme Größenordnungen erreichen können.

Wir beobachten Stablecoins daher besonders aufmerksam, und ich denke, dass es eine Frage ist, die Sie noch besser tatsächlich erörtern und verstehen können, wenn eines der Mitglieder unseres Direktoriums Ihnen Bericht erstattet und mit Ihnen darüber diskutiert – um den 12. Oktober herum, wenn ich mich recht entsinne.



Lassen Sie mich nur darauf hinweisen, dass die Prüfung eines digitalen Euro eine Angelegenheit ist, mit der wir uns eindeutig intensiv beschäftigen, was nicht über Nacht geschehen wird. Denn es ist eine Angelegenheit, die im Hinblick auf den Nutzen, die Kosten, die Chancen, die damit verbundenen Risiken, die Erwartungen der Verbraucher, auf die damit eingegangen wird, sowie die Geldpolitik und ihre ordnungsgemäße Transmission über die üblichen Kanäle, die wir bisher genutzt haben, eingehend untersucht werden muss. Unabhängig davon, ob es sich um Großkunden oder Privatkunden handelt, sind wir der Ansicht, dass dieser digitale Euro durchaus mit der anhaltenden Transmission der Geldpolitik durch unsere traditionelle Intermediation im Bankensystem vereinbar ist.

Ein letzter Aspekt: Ich denke, dass wir den digitalen Euro nicht isoliert betrachten dürfen. Es muss Teil eines allgemeinen Zahlungssystems sein, wobei es eindeutig ein Back-End-System geben muss, was unserer Ansicht nach recht gut funktioniert und das eindeutig unser Zielsystem ist.

Es wird auch ein Front-End-System benötigt, was im Rahmen der vor einigen Wochen eingeführten Europäischen Zahlungsinitiative (EPI) offensichtlich von einer Reihe europäischer Banken geprüft wird und das als weitere Komponente den digitalen Euro umfasst, der derzeit erforscht wird – ich würde nicht sagen, dass er „derzeit geprüft“ wird, weil das dauern wird –, und das wird nicht über Nacht geschehen.

Letzter Punkt: Ich denke, dass wir sehr darauf achten müssen, dass private Wirtschaftsteilnehmer, soweit sie dieselbe Tätigkeit ausüben, denselben Regeln unterliegen müssen und dass dies auch dieselbe Aufsicht erfordert.

Wir sind also der Ansicht, dass diese Stablecoins – wenn sie eingeführt werden – unter dieselben Regulierungen, die gleiche Aufsicht, fallen würden, und sicherlich alle Regeln einhalten müssten und erst dann in Verkehr gebracht werden dürften, wenn dies der Fall ist. Ich denke, dass dies auch der Standpunkt war, den die Finanzminister auf der letzten Sitzung der Euro-Gruppe in Luxemburg vertreten haben.

1-025-0000

**Caroline Nagtegaal (Renew).** – Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich im Gegensatz zu meinem niederländischen Kollegen Herrn Eppink auch sehr froh bin, dass die Niederlande Teil der Eurozone sind, auch wenn es noch viel zu tun gibt.

Ich habe eine Frage oder vielleicht eher eine Sorge, die ich gerne ansprechen möchte. Im März dieses Jahres haben Sie erklärt, dass es nicht die Aufgabe der EZB sei, die Spreads zwischen den Mitgliedstaaten zu verringern, und ich weiß, dass diese Aussage als höchst umstritten angesehen wurde. Aber um ehrlich zu sein, Frau Lagarde, bin ich voll und ganz ihrer Meinung, denn ich befürchte, dass wir wichtige Strukturreformen weiterhin verschieben, weil die Mitgliedstaaten wissen, dass die EZB als Kreditgeber letzter Instanz zur Verfügung stehen wird.

Meine Frage lautet also: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Anleihekaufprogramms und der geringen Zinsen in Verbindung mit den Strukturreformen in den Mitgliedstaaten?

1-026-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Wie bereits gesagt zielten die geldpolitischen Entscheidungen, die wir wenn ich mich recht entsinne am 18. März getroffen haben, eindeutig darauf ab, das System zu stabilisieren und dafür zu sorgen, dass die völlig ungerechtfertigte Fragmentierung verringert werden konnte, und in diesem Sinne war die Nutzung des PEPP sehr hilfreich.

Zu Ihrem Punkt zur Wirksamkeit dieser Maßnahmen und zum Anwendungsbereich: Unserer Ansicht nach muss die Geldpolitik mit fiskalischen Maßnahmen und auch mit Strukturreformen

Hand in Hand gehen. Außergewöhnliche Umstände haben außergewöhnliche Maßnahmen erforderlich gemacht. Was vom Rat beschlossen wurde und was von Ihren Ausschüssen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzinitiative „Next Generation EU“ erörtert und geprüft wird, was effizient sein und Europa weiter und besser voranbringen wird, ist, ob und wann die Strukturreformen, die als Rückgrat dieses Wandels dienen, tatsächlich umgesetzt werden.

Es ist auch eine wirtschaftliche Binsenwahrheit, zu sagen, man sollte keine gute Krise ungenutzt lassen, und es ist eine Tatsache, dass Strukturreformen in Krisenzeiten oft besser vorangetrieben und umgesetzt werden.

Wir hoffen, dass wir das System weiterhin unterstützen können und dass wir unser Mandat weiter umsetzen können, das in Preisstabilität besteht und darin, sicherzustellen, dass die finanziellen Spannungen, die wir beobachtet haben, verringert werden können, so wie es der Fall war, aber auch, dass Reformen auf nationaler Ebene in guter Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten beschlossen werden, damit die derzeit diskutierte Aufbau- und Resilienzfähigkeit so weit wie möglich mobilisiert werden kann.

1-027-0000

**Georgios Kyrtos (PPE).** – Ich habe drei Fragen an Präsidentin Lagarde. Erste Frage: Wie steht es mit der Aufwertung des Euro im Vergleich zum Dollar in diesem Jahr? Bereitet Ihnen das im Zusammenhang mit der Wettbewerbsfähigkeit Europas, den Ausfuhren und der Erholung des Euro-Währungsgebiets Sorgen? Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden? Zweite Frage: Die Höhe der Staatsverschuldung steigt in den meisten Ländern der Eurozone sprunghaft an. Wann sollte Ihrer Ansicht nach eine globale Bewertung der Schuldenstände vorgenommen werden, und welche Art von Maßnahmen sollten wir verfolgen, um sie zu kontrollieren? Eine Wiederholung der während der letzten Krise angewandten Maßnahmen oder eine flexiblere und expansivere Strategie?

Und schließlich Frage drei: Gibt es irgendwelche Neuigkeiten in Bezug auf den Vorschlag von Herrn Stournaras für die Schaffung einer „Bad Bank“, die den Abbau notleidender Kredite in Griechenland beschleunigen könnte?

1-028-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für diese drei Fragen. Zunächst möchte ich feststellen, dass die Pandemie starke Bewegungen an den globalen Finanzmärkten, auch an den Devisenmärkten, in Bezug auf den Euro ausgelöst hat, der, wie Sie sich erinnern werden, in der Anfangsphase abgewertet wurde und nachgegeben hat und schließlich in jüngerer Zeit aufgewertet wurde und stärker geworden ist. In den letzten Wochen wurde er dann gegenüber dem hohen Niveau, auf dem er sich vor etwa vier Wochen befand, erneut abgewertet.

Der Wechselkurs gehört nicht zu den Zielen der Europäischen Zentralbank. Wir zielen nicht auf den Wechselkurs ab. Dies ist keine Strategie der EZB, und ich werde mich nicht zur Höhe des Euro oder einer anderen Währung äußern, die dich daraus ergibt, aber es ist klar, dass der Außenwert des Euro ein wichtiger bestimmender Faktor für die Preisbildung im Euroraum ist. Und gerade weil es sich dabei um einen wichtigen bestimmenden Faktor für die Preisbildung handelt, der sich, wie wir gesehen haben, auf die Inflation auswirkt, beobachten wir natürlich diese Bewegungen sehr genau, wir beobachten die Aufwertung oder Abwertung sehr genau, um unsere Maßnahmen infolge der kurz- und mittelfristigen Inflationsprojektionen anzupassen.

Ihre zweite Frage betraf die Staatsverschuldung und den sprunghaften Anstieg der Staatsschulden. Zunächst einmal ist in allen europäischen Ländern ein erheblicher Anstieg der Staatsverschuldung zu beobachten. Im gesamten Euro-Währungsgebiet – im Norden ebenso wie im Süden – hat die öffentliche Verschuldung deutlich zugenommen. Zwei Dinge, die ich erwähnen möchte: zum einen eine Ergänzung zur Schuldenquote, auf die wir immer wieder

Bezug nehmen – und die übrigens erheblich vom Nenner und nicht nur vom Zähler beeinflusst wird – derzeit haben wir nur einen Anstieg des Zählers und keine besondere Bewegung des Nenners, die sie aus dem Gleichgewicht bringen würde.

Erste Bemerkung: Entscheidend ist die Bedienung der Schulden, und Griechenland ist ein typisches Beispiel, wobei in Anbetracht des sehr günstigen Darlehenszinssatzes, den der ESM im Rahmen der Neuorganisation des Programms mit Griechenland gewährt hat, der Schuldendienst eindeutig äußerst wichtig war, um die Tragfähigkeit der griechischen Schulden zu bestimmen. Zunächst einmal muss meiner Ansicht nach also nicht die Schuldenquote, die derzeit ein falsches Bild vermittelt, sondern vielmehr der Schuldendienst genau beobachtet werden, und bei dem niedrigen Zinsniveau, das wir derzeit haben, ist dieser Schuldendienst im Allgemeinen recht niedrig.

Zweitens ist auch die Fälligkeit der Schulden von entscheidender Bedeutung, und wir sehen gerade, dass die Laufzeiten der Anleihen, die von vielen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets begeben werden, allmählich länger werden.

Ihre dritte Frage betraf meinen Kollegen und Freund Zentralbankpräsident Stournaras. Ich denke, Sie sind wahrscheinlich besser in der Lage, ihn tatsächlich zu fragen, wo er in Bezug auf diese nationale Vermögensverwaltungsgesellschaft oder „Bad Bank“, wie sie häufig genannt wird, steht. Ich kenne den genauen Stand seines Projekts nicht. Ich weiß nur, dass Ende letzter Woche – ich meine, am Freitag – ein sehr guter runder Tisch zu dem Thema der nationalen Banken und der Frage, wie sie auf europäischer Ebene organisiert werden könnten, wie sie koordiniert werden könnten und welche Art von europäischer regionaler Ebene geschaffen werden könnte, durchgeführt wurde.

Ich denke, dass diese Überlegungen wichtig sind, und ich freue mich sehr, dass die Kommission diese besondere Frage ebenfalls aufgegriffen hat, was wir sehr begrüßen.

1-029-0000

**Hélène Laporte (ID).** – Frau Vorsitzende, Frau Lagarde, vielen Dank, dass Sie uns diesen Austausch ermöglichen.

Im Gegensatz zum klassischen Programm zum Rückkauf von Staatsschulden im Rahmen der quantitativen Lockerung sind die Vorschriften für den Pandemie-Notfallplan weitaus weniger streng, was es der EZB insbesondere ermöglicht hat, massiv Wertpapiere zu kaufen, um die Spreads zu verringern, wobei sie auch von Griechenland ausgegebene Wertpapiere akzeptieren konnte. Eine weitere von der EZB angekündigte Sondermaßnahme ist eine regulatorische Lockerung für Banken im Euro-Währungsgebiet bis Juni 2021, wobei bestimmte Risikopositionen vorübergehend von der Berechnung der Verschuldungsquote ausgenommen werden. Diese neuen Maßnahmen sind ein Test, vor allem, weil die neue Reihe gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte, die sogenannten GLRG III, ein großer Erfolg war, was die These der Abhängigkeit der Märkte von der akkommodierenden Politik bestätigt, während das Konzept des Risikos für die Kreditgeber im Wesentlichen unberücksichtigt bleibt und zu einer Überbewertung der Märkte beigetragen wird.

Zunächst möchte ich Ihnen eine Frage zur außerordentlichen Politik der EZB als Reaktion auf die Pandemie und dann eine allgemeinere Frage zur Überarbeitung der strategischen Überprüfung stellen, da wir über diesen letzten Punkt nicht sehr viel wissen.

Erste Frage: Sicherlich ist der Grad der Freiheit, den dieses Programm bietet, nützlich, um die Märkte zu beruhigen, sodass die Versuchung groß sein wird, das PEPP, das im Juni 2021 auslaufen soll, zu verlängern. Haben Sie den Plan aber in Bezug auf sein Tempo und seinen Umfang kalibriert, und haben Sie das Risiko einer zweiten COVID-19-Welle bei der

Möglichkeit einer Verlängerung über Juni 2021 hinaus berücksichtigt? Sie haben die Frage, die ich Ihnen in Bezug auf Flexibilität stellen wollte, beantwortet, aber um ihre früheren Ausführungen zu bestätigen: Befürchtet die EZB keine Fragmentierung des Euro-Währungsgebiets in Bezug auf die wirtschaftliche Erholung, die sehr ungleich sein wird?

Meine zweite Frage geht auf die Erklärung von François Villeroy de Galhau zurück, der eine Weiterentwicklung des Inflationsziels im Rahmen der von der EZB durchgeführten strategischen Überprüfung wünscht. Er war der Ansicht, dass die Wohnkosten einbezogen werden sollten und jegliche Unklarheiten darüber ausgeräumt werden sollten, dass der Zielwert von 2 % nicht mehr das eigentliche Ziel sei. Das ist natürlich ein wichtiger Standpunkt und eröffnet eine Debatte über die 2 % -Regel, was einen Paradigmenwechsel darstellen würde, wobei die FED nicht gezögert hat, diesen Schritt zu tun. Wären Sie daher geneigt, Ihren Zielwert für einen begrenzten Zeitraum zu ändern, ohne eine Verschärfung der Geldpolitik auszulösen, oder zumindest die Zusammensetzung des verwendeten Preisindex zu ändern, damit er dem Gefühl der Verbraucher besser entspricht?

1-030-0000

**Christine Lagarde**, *Präsidentin der Europäischen Zentralbank*. – Zu Punkt eins: Ja, Flexibilität war von Anfang an der Eckpfeiler des PEPP, und durch seine Neukalibrierung und Ausweitung wurde diese Flexibilität unter Beweis gestellt.

Natürlich müssen wir uns der Umstände bewusst sein, wir müssen die außergewöhnlichen Abwärtsrisiken antizipieren, wenn sie eintreten sollten, Ich kann Ihnen versichern, dass wir in den Projektionen, die wir im September veröffentlicht haben, eine erneute Zunahme der COVID-19-Verbreitung berücksichtigt haben: nicht in Form eines vollständigen Lockdowns, aber sicher in Form von Eindämmungsmaßnahmen, wie sie während des Wiederaufflammens der Pandemie ergriffen wurden.

Das ist Teil unserer Projektionen. Einige Eindämmungsmaßnahmen wurden ebenfalls aufgenommen, und ich denke, dass wir vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund dieser Projektionen mehr empirische Daten erhalten werden, konkretere Meldungen, die uns helfen werden, die Instrumente, die wir nutzen, zu kalibrieren und bei Bedarf neu zu kalibrieren, ob es nun um das PEPP oder um andere Instrumente im Instrumentarium geht.

Zweitens war die Nutzung des PEPP, wie ich bereits erwähnt habe, besonders wirksam, wenn es darum ging, das Fragmentierungsrisiko zu verringern und die Transmission der Geldpolitik im gesamten Euro-Währungsgebiet sicherzustellen. Es war somit hilfreich, und wenn es erneut benötigt wird, werden wir es erneut mit dem Maß an Flexibilität nutzen, das angemessen und notwendig ist, um auf die Situation zu reagieren.

Die Inflationsentwicklung und der Paradigmenwechsel. Ich habe das bereits gesagt, aber ich werde es noch einmal sagen. Wir haben zwei Seminare abgehalten. Eines war eine Bestandsaufnahme, eine Art Vorstudie, bevor wir uns mit den eigentlichen inhaltlichen Fragen befasst haben. Die ersten großen inhaltlichen Fragen, mit denen wir in der vergangenen Woche befasst waren, waren Inflationsmessungen und Inflationstrends. Im Zusammenhang mit der Inflationsmessung haben wir natürlich den harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) untersucht, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt haben, wie sie sich im Laufe der Zeit verbessert haben, welche Posten nicht eingezogen werden, beispielsweise werden die Kosten für selbst genutztes Wohneigentum nicht in die Inflationsrate einbezogen, wie sie in Frankreich gemessen wird, während sie in der von der FED gemessenen oder von der Bank von Japan gemessenen und verwendeten Inflation enthalten sind.

Wir haben auch festgestellt, was nicht gemessen wird – sei es Gesundheit, Bildung, Verteidigung usw. Ich denke, dass es letztendlich darum gehen wird, über ein Werkzeug und

ein Instrument zu verfügen, das dem Bedarf an Transparenz, Klarheit, Zuverlässigkeit und regelmäßigen Verbesserungen am besten gerecht wird. Und dies wird eine Entscheidung sein, die am Ende des Verfahrens getroffen wird, und nicht in Erwartung der Diskussion, die wir führen werden, insbesondere über die Preisstabilität und unser Mandat.

Wir haben darüber diskutiert. Wir haben die weltweit beobachteten Tendenzen in Bezug auf die Inflation diskutiert, die eindeutig mit einem unterschiedlichen Verhältnis zwischen Beschäftigungsniveau und Preisniveau zu tun haben, was aus allen möglichen Gründen mit dem zusammenhängt, was ich vorhin als Senkung der natürlichen Zinssätze bezeichnet habe.

Diese Diskussionen sind Teil unserer strategischen Überprüfung, und ich teile das mit Ihnen, weil Sie gerade die Tatsache zum Ausdruck gebracht haben, dass Sie diesbezüglich nicht viel tun. Natürlich werden wir in dem Bericht, der veröffentlicht wird, auf einige unserer Diskussionen eingehen. Das Problem damit, zu früh zu viel mitzuteilen, besteht darin, dass es ein bisschen wie ein Puzzle ist: Man kann nicht ein Teil des Puzzles freigeben, man muss sie alle kombinieren und dann gemeinsam ausrollen, so dass sie verständlich sind und klar kommuniziert werden, und wir werden das in einer möglichst mundgerechten Sprache tun.

Das ist also unser Stand in Bezug auf Inflationsüberlegungen und unsere Rationalisierung, und natürlich werden einige Mitglieder ihre Ansichten mitteilen wollen, und ich begrüße die Outreach-Veranstaltungen, die von vielen nationalen Zentralbanken, darunter der Banque de France, die landesweit eine gute Veranstaltung durchgeführt hat, organisiert werden.

1-031-0000

**Pedro Marques (S&D).** – Wir erleben in der Tat eine dramatische Rezession, die mit nichts vergleichbar ist, was wir bisher gesehen oder erlebt haben. Die Reaktion mittels fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen ging endlich Hand in Hand, wie es seit so vielen Jahren nötig gewesen wäre. Dennoch bleibt die Erholung – zumindest – ungewiss, wie Sie bereits erwähnt haben.

Selbst im derzeitigen Zinsumfeld liegt es auf der Hand, dass der Handlungsspielraum, um die fiskalpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten noch weiter zu verstärken, letztlich zumindest im Hinblick auf den derzeitigen wirtschaftspolitischen Rahmen zeitlich begrenzt sein wird. Und das wird durch das Aufbauprogramm nur teilweise und langsam kompensiert. Wie sehen Sie auf dieser Grundlage die kurzfristige Entwicklung der Geldpolitik?

Ich möchte das Bekenntnis der EZB zur Offenheit bei der strategischen Überprüfung begrüßen, aber wenn die EZB dauerhaft nicht in der Lage war, das Inflationsziel zu erreichen, sind Sie offen für nicht-traditionelle geldpolitische Instrumente, die im Hinblick auf die Transmission der Geldpolitik wirksamer sein könnten als die derzeitigen Instrumente, die Sie nutzen?

Und – weiterhin unter dem Grundsatz der Offenheit – welche Rolle sollte die EZB Ihrer Meinung nach auch in Bezug auf ihren Standpunkt zu den von den europäischen Institutionen zu emittierenden gemeinsamen Schuldtiteln einnehmen?

1-032-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Zu vielen Punkten, die Sie gerade angesprochen haben, möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir versuchen, der Kommission in Verbindung mit dem Europäischen Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in einer Notlage (SURE), mit dem die Mitgliedstaaten unterstützt werden sollen, um die bestehenden Kurzarbeitsregelungen – die Freistellungsregelungen – zu gewährleisten, so gut wir können zu helfen. Wir haben einige wirklich gute Fortschritte erzielt, um auf dieses SURE-Programm reagieren zu können und sicherzustellen, dass wir tatsächlich das technische Fundament für den Einsatz von SURE bilden können.

Bei der Aufbau- und Resilienzfazilität handelt es sich um ein viel, viel umfassenderes Unterfangen und ein Unterfangen, bei dem wir nicht genau wissen, wie der Zeitplan aussehen wird, was die Periodizität der Emissionen sein wird, für welche Märkte genau, wie umweltfreundlich diese Anleihen sein werden, was wir als gute Kategorie ansehen werden. Daher ist es für uns schwieriger zu sehen, wie und ob wir hier bei diesem speziellen Aspekt helfen können.

Zu Ihren vorherigen Fragen möchte ich sagen – wobei ich mich wahrscheinlich wiederhole –, dass das Maß an Effizienz zufrieden stellend war, was auf der ganzen Welt und auch auf den Finanzmärkten wahrgenommen wurde. Dies liegt daran, dass die Geld- und Fiskalpolitik auf nationaler und europäischer Ebene Hand in Hand zusammengearbeitet hat, um die außergewöhnlichen Umstände zu bewältigen, mit denen wir zu tun hatten.

Mein zweiter Punkt ist, dass wir, wie ich gesagt habe, noch nicht über den Berg sind und dass die Erholung Fortschritte machen muss und nicht ins Stocken geraten darf. Wenn die eingerichtete fiskalische Unterstützung zurückgenommen, verlangsamt oder eingeschränkt werden sollte oder wenn derzeit intensiv darüber diskutiert werden sollte, wäre das meiner Ansicht nach kontraproduktiv.

Wenn ich Ihnen zu diesem Zeitpunkt etwas mitteilen kann – abgesehen von der Tatsache, dass die Geldpolitik aufmerksam sein wird und als Reaktion auf die außergewöhnlichen Umstände akkommodierend bleiben wird –, ist es, dass fiskalische Unterstützung unbedingt erforderlich ist und weiterhin mit unserer Politik Hand in Hand gehen muss.

1-033-0000

**Ernest Urtasun (Verts/ALE).** – Präsidentin Lagarde, ich habe zwei konkrete Fragen. Zunächst möchte ich Sie im Zusammenhang mit der Überprüfung der Geldpolitik fragen, ob Sie uns über den Zeitplan für diese Überprüfung auf dem Laufenden halten können. Wir haben dies heute Nachmittag viel diskutiert, und es wäre gut zu wissen, mit welchem Zeitplan Sie arbeiten.

Zweitens möchte ich Sie nach ein paar Dingen fragen, die bereits erwähnt wurden. In Bezug auf die Entscheidungen der FED: Wären Sie bereit, bei der Überarbeitung ein flexibles Inflationsziel oder auch – was wir noch nicht erwähnt haben – die Möglichkeit eines symmetrischen Ansatzes, der auch auf das Preisniveau oder das nominale BIP-Niveau abstellt, in Betracht zu ziehen? Wird das in Erwägung gezogen?

Außerdem zur Frage des „Helikoptergelds“: Gibt es Diskussionen innerhalb der EZB, bei denen die technische Durchführbarkeit eines solchen Vorschlags analysiert wird, da andere Zentralbanken in anderen Bereichen daran gearbeitet haben?

Meine zweite Frage bezieht sich genau auf das, was Herr Marques angesprochen hat. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass Sie sowohl in Bezug auf die Unterstützung zur Verringerung des Arbeitslosigkeitsrisikos in einer Notlage (SURE) als auch im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) technische Hilfe geleistet haben.

Welche Rolle sehen Sie gegebenenfalls für die EZB im Zusammenhang mit den finanziellen Bedingungen, unter denen diese Schuldenemissionen in den kommenden Monaten entwickelt werden? Denn ich halte es für äußerst wichtig, dass die EZB die notwendigen Voraussetzungen schafft, damit diese Schuldenemissionen erfolgreich sein können, was bekanntlich eine beträchtliche Herausforderung darstellt.

1-034-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank für die vielen Fragen. Zur ersten Frage: Bei der strategischen Überprüfung wird offensichtlich insbesondere auf unsere Geldpolitik, aber auch auf die Kommunikation unserer Geldpolitik und der

Rechenschaftspflicht der EZB eingegangen, wie ich bereits erwähnt habe. Unser Zeitplan wurde etwas verlängert, weil wir unsere Arbeit während des Höhepunkts der Krise aussetzen mussten, da sich alle Mitarbeiter vollständig darauf konzentrieren mussten, die Instrumente bereitzustellen und zu schaffen und die vorhandenen Kaufprogramme umzusetzen.

Wir beabsichtigen, unsere strategische Überprüfung im September 2021 abzuschließen. Bis dahin werden wir weitere neun Seminare haben – 9 oder 11, ich bin mir leider gerade nicht sicher, denn wir haben 10 Arbeitsbereiche, in denen insgesamt 12 verschiedene Seminare zu verschiedenen Themen durchgeführt werden, die von Finanzinstrumenten, Inflationsmessung und -trends bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels, der Kommunikationspolitik und natürlich der Preisstabilität reichen.

Mit diesem Zeitplan aufeinander folgender Seminare werden wir voraussichtlich etwa im Januar eine Halbzeitüberprüfung vornehmen und den Prozess dann im Juni 2021 abschließen. Es ist zu hoffen, dass wir bis dahin unser übliches jährliches Treffen von geldpolitischen Experten, Wissenschaftlern und Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Sintra durchführen können. Wir werden also die Daumen drücken und hoffen, dass das Wiederaufflammen der Pandemie hier und da uns nicht daran hindern wird, unseren neuen Schwung zu nutzen, um die strategische Überprüfung voranzubringen.

Die zweite Reihe von Fragen, die mehrere Fragen umfasste, bringt mich zu einem Punkt, auf den ich gerne hinweisen möchte: Die Symmetrie ist eine Frage, die von der Europäischen Zentralbank geklärt wurde und die, wenn ich mich recht entsinne, in zahlreichen einleitenden Erklärungen, die mein Vorgänger, Präsident Draghi, verlesen hat, gebilligt und bekräftigt wurde.

Ich weiß, dass hier und da Zweifel daran bestehen, ob die Symmetrie angesichts der Bestimmungen unserer Preisstabilität – die als annähernd, aber weniger als 2 % Inflation definiert ist – mit dem gleichen Impuls oder der gleichen Dynamik gemessen wurde, je nachdem, ob sie darunter oder darüber lag, aber soweit ich das zum jetzigen Zeitpunkt sagen kann, ohne auf die strategische Überprüfung einzugehen, ist die Symmetrie etwas, was bereits diskutiert und gebilligt wurde.

Wir werden eine Vielzahl von Optionen prüfen, denn wie ich gesagt habe, werden wir im Zuge der strategischen Überprüfung nichts unversucht lassen. Wenn es also alternative Messmethoden gibt, wenn es alternative Definitionen für Stabilität gibt, wenn es verschiedene Möglichkeiten gibt, die Preisstabilität zu erreichen, die wir uns selbst zum Ziel gesetzt haben, um der europäischen Wirtschaft und den europäischen Bürgern besser zu dienen, dann werden wir natürlich alle diese Optionen prüfen. Letztendlich werden wir entscheiden, wie wir dem Mandat, das uns im Rahmen des Vertrags zugewiesen wurde, nämlich der Preisstabilität, am besten gerecht werden können.

Die Rolle der EZB. Wir sind bereit, alles zu tun, was wir können, um zu helfen. Ich denke, dass wir beim Programm SURE beträchtliche Fortschritte erzielt haben. Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit steckt noch viel mehr in den Anfängen, und ich weiß nicht, ob ich diesbezüglich viel mehr sagen kann, als ich bereits gesagt habe, da – wie gesagt – die Periodizität, die Mengen und das genaue Ziel nicht klar genug sind, damit wir tatsächlich reagieren können, indem wir Leistungen anbieten.

Wenn wir können, wenn wir dazu in der Lage sind, werden wir es tun. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir – auch wenn wir nicht das technische Fundament bilden – da wir im Rahmen unserer verschiedenen Ankaufprogramme die Möglichkeit haben, einen Teil der Anleihen regionaler Institutionen zu kaufen, wie wir es beispielsweise bei der EIB tun, das auch mit Emissionen durch die Kommission tun können. Dies ist also eine andere Möglichkeit, zu

helfen – natürlich indirekt, aber eine Möglichkeit, die durchaus vorhergesehen wird und ermutigt wird.

1-035-0000

**Fabio Massimo Castaldo (NI).** – Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Präsidentin Lagarde, vor einigen Tagen kündigte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde an, dass ihre Leitlinien zum Zahlungsmoratorium und zur damit verbundenen Risikoeinstufung Ende September zurückgezogen würden, da der derzeitige Stand der Pandemie sie nicht mehr rechtfertigen würde.

Diese Entscheidung wird getroffen, obwohl eine zweite COVID-Welle eine Tatsache ist und die Prognosen für einen Impfstoff nach wie vor ungewiss sind. Forderungen, die nach dem 30. September eingereicht werden, unterliegen den üblichen Regeln, d. h. denjenigen, bei denen Kredite im Rahmen eines Moratoriums als *unlikely to be repaid* eingestuft werden, wodurch die Gefahr besteht, dass der Betrag notleidender Kredite steigt. Dies wird die Banken dazu verpflichten, zusätzliche Mittel für Kreditausfälle bereitzustellen, auch wenn kein tatsächlicher Ausfall vorliegt.

Diese Situation wird nicht nur das Rating des Kreditnehmers beeinflussen, sondern auch die Bedingungen für den Zugang zu Krediten für Haushalte und Unternehmen in einer Zeit, in der sie sie am dringendsten benötigen, erheblich verschlechtern. Diese Situation wird blind nur durch einen weiteren Übergang zu automatischen Regelungen zulasten des Ermessensspielraums herbeigeführt.

Stimmen Sie mir vor dem Hintergrund meiner Ausführungen zu, dass eine zu plötzliche Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen fatal sein könnte und dass diese Entscheidung überdacht werden sollte?

1-036-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Es ist richtig, dass infolge der Pandemie und wenn das Moratorium oder die Garantien wegfallen oder aufgehoben werden, das tatsächlich Folgen haben wird, wenn die Erholung bis dahin nicht massiv an Schwung gewonnen hat. Daher empfehle ich den Finanzbehörden, bezüglich der Art und Weise, wie sie die verschiedenen von ihnen eingeführten Unterstützungssysteme aufheben, zurückziehen oder auslaufen lassen, extrem kleinschrittig, umsichtig und vorsichtig vorzugehen. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Obwohl die Zahl der notleidenden Kredite bisher nicht massiv zugenommen hat, ist es auch eine Tatsache, dass Banken in ganz Europa – und auch anderswo – die Rückstellungen für zukünftige notleidende Kredite erhöht haben. Und die Verwaltung und letztlich Reduzierung notleidender Kredite ist und bleibt eine der wichtigsten Prioritäten der EZB.

Wir werden das also sehr aufmerksam verfolgen und in dieser Hinsicht mit anderen Behörden zusammenarbeiten.

1-037-0000

**Eero Heinäluoma (S&D).** – Ich danke Ihnen, Frau Lagarde, für Ihre sehr durchdachten Antworten und Ihre Direktheit. Ich möchte noch einmal auf die Frage der Geldwäsche zurückkommen, denn das ist ein wichtiger Aspekt, und die Menschen in Europa und auch in der Welt fragen immer öfter: Tun Sie wirklich etwas gegen dieses Problem?

Wir wissen natürlich, dass dies derzeit nicht in der Verantwortung der EZB liegt, aber die Frage lautet: Wie sollte das in Zukunft sein? Und die große Frage lautet auch: Ist die EZB als Bankenaufsicht streng genug, wenn es um die Zulassung der Banken geht und die Bereitschaft,



den Banken die Lizenzen zu entziehen, wenn sie mit Geldwäsche in Verbindung gebracht werden?

Und dann bin ich auch daran interessiert, Ihre Ansichten zu dem Aspekt zu hören, dass eine ganze Reihe von Mitgliedstaaten gesagt haben, dass wir eine Aufsichtsbehörde auf europäischer Ebene haben sollten, die sich mit den Problemen der Geldwäsche befasst. Vielleicht könnte auch diese mit der EZB verbunden sein. Wie stehen Sie also zu der Notwendigkeit einer Aufsichtsstelle auf europäischer Ebene?

1-038-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** – Vielen Dank dafür, dass sie mit dieser letzten Frage zum Thema Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zurückkommen. Die beiden Phänomene treten oft gemeinsam auf, und ich denke, dass wir alle besonders vorsichtig sein müssen, da Sie wissen, dass es Vermögenswerte zum Kauf geben wird, dass hier und dort notleidende Kredite gekauft werden und dass das ein idealer Zeitpunkt und ein idealer Weg dafür ist, dass ein Teil dieser Geldwäsche tatsächlich unbemerkt stattfindet.

Ich denke und hoffe daher, dass die Behörden in den verschiedenen Mitgliedstaaten dies sehr wachsam und aufmerksam verfolgen. Schwächen im europäischen Rahmen für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung oder bei dessen Umsetzung stellen unseres Erachtens jedoch ein Risiko für die Integrität und Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors dar.

Die Aufsichtsaufgaben der EZB schließen – wie bereits erwähnt – die Überwachung von Banken im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) ausdrücklich aus, und gemäß dem Vertrag kann die EZB eine solche Aufgabe auch nicht wahrnehmen. Daher fallen die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiterhin in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Wir haben jedoch gesehen, dass dies aufgrund der Fragmentierung, der Unterschiede bei der Kontrolle der Aufsicht und der Aufsichtspraktiken in diesem Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung die Integrität und Stabilität der Banken in der EU tatsächlich untergraben kann. Daher begrüßen wir die laufende Diskussion über Verbesserungen des Rahmens für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, einschließlich der Einrichtung einer Behörde, die in dieser Hinsicht die eigentliche Aufsichtsbehörde auf europäischer Ebene wäre.

Es ist immer schwierig, dieses Niveau der Aufsicht einzurichten, da die nationalen Ebenen sich dem widersetzen und sich daran stoßen werden. Offen gesagt hoffe ich jedoch, dass diese besonderen Empfindlichkeiten in einer Angelegenheit, die sowohl so kritisch als auch so heikel ist wie AML/CFT, überwunden werden können.

1-039-0000

**Pedro Marques (S&D).** – Frau Lagarde, eine schnelle Frage. Um auf einen meiner Punkte zurückzukommen: Es ist eine Tatsache, dass wir das Inflationsziel nicht erreicht haben und nun noch weiter vom Ziel entfernt sind, denn wir befinden uns jetzt in einer Deflation, zumindest die Zahlen vom August zeigen eine Deflation. Mein Punkt ist also, offensichtlich: Welche zusätzlichen geldpolitischen Maßnahmen können wir durchführen, welche Instrumente können wir umsetzen, um uns dem Ziel näher zu bringen und uns weiter von Langzeitarbeitslosigkeit in Europa zu entfernen?

Das ist das Risiko, dem wir gegenüberstehen. Die Fiskalpolitik tut viel, aber vonseiten der Geldpolitik muss mehr getan werden, damit wir das 2 % -Ziel auch nur annähernd erreichen.

1-040-0000

**Christine Lagarde, Präsidentin der Europäischen Zentralbank.** Ich denke, ich habe ihre Frage beantwortet. Ich möchte Sie nur daran erinnern, was unsere Prognosen in Bezug auf die Inflation sind – sie werden Sie nicht überraschen, aber sie steigen im Zeithorizont allmählich auf 1,3 % an, was nicht zufrieden stellend ist.

Das liegt nicht in der Nähe des Ziels, das wir verfolgen und das im Rahmen des Mandats für die Zwecke der Preisstabilität definiert wurde, und wie ich bereits gesagt habe, werden wir, wenn und falls wir das richtige Informationsniveau, die geeigneten und zuverlässigen Daten und die empirischen Belege erhalten, prüfen, was getan werden muss, welche Instrumente eingesetzt werden sollten und ob wir eine Neukalibrierung benötigen oder nicht und welche Art von Flexibilität wir nutzen müssen.

Zweitens möchte ich Sie an das erinnern, was ich vorhin gesagt habe, nämlich dass wir im Rahmen der strategischen Überprüfung eine Kombination aus den Inflationmessungen, den Inflationstrends und dem Ziel der Preisstabilität, das uns im Rahmen des Mandats übertragen wurde, prüfen und für geldpolitische Zwecke einen ganzheitlichen Vorschlag für eine Strategie vorlegen werden.

1-041-0000

**Vorsitzende.** – Ich danke Ihnen, Präsidentin Lagarde, für diese zwei Stunden des Dialogs und für Ihre Verfügbarkeit. Vielen Dank auch an alle MdEP, die sich mit ihren Fragen beteiligt haben.

*(Der geld- und währungspolitische Dialog wird um 17.40 Uhr geschlossen.)*